

PRESSEMITTEILUNG

## Keine Belohnungen für ineffizientes Wirtschaften verteilen

Der Bundestag soll am Freitag die Ökostrom-Reform verabschieden.

60 Unternehmer\_innen fordern die Bundesregierung auf, Ausnahmen bei der EEG-Umlage einzuschränken. Es sei nicht die Aufgabe kleiner und mittelständischer Unternehmen, üppige Vergünstigungen der stromintensiven Industrie zu bezahlen.

Innovativ, effizient und selbstbewusst - 60 Unternehmer\_innen erklären, dass sie die finanziellen Belastungen durch die Energiewende auch ohne staatliche Subventionen meistern können und wollen. „Die Energiewende ist ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Projekt für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise. Auch die Wirtschaft muss und kann hieran ihren Anteil tragen“, kommentiert Gottfried Härle, Inhaber der mittelständischen Privatbrauerei Clemens Härle im Allgäu. Schließlich sei eine ökologische Energiewende auch im Sinne der Unternehmen.

„Heute konzentriert sich technologischer Fortschritt noch allzu oft darauf, Arbeitsplätze überflüssig zu machen, statt effizienter mit Energie und natürlichen Ressourcen umzugehen“, erklärt Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Wenn Umweltgüter keinen Preis haben, würden nur diejenigen Unternehmen belohnt, die die Umwelt ausbeuten. Der Ökonom rechnet vor, dass Energiekosten selbst im produzierenden Gewerbe gerade einmal zwei bis drei Prozent der Produktionskosten ausmachen. Die EEG-Umlage, die den Ausbau erneuerbarer Energien im Strombereich fördert, beträgt davon wiederum nur einen Bruchteil. „Wir fordern keine Subventionen für uns. Im Sinne der Wettbewerbsgerechtigkeit haben wir jedoch ein Problem, wenn die Konkurrenz Subventionen erhält. Erst recht, wenn wir diese finanzieren“, erklärt der Unternehmer Härle. „Jeder kleine und mittlere Betrieb, der nicht von den großzügigen Ausnahmeregelungen profitiert, wird derzeit mit 6,24 Cent pro Kilowattstunde Strom zur Kasse gebeten. Allein 1,38 Cent gehen davon auf das Konto der Industriausnahmen“.

Zu welchen Nachteilen diese Problematik führt, veranschaulicht auch Hermann Gütler, Inhaber der Stelzenmühle in Bad Wurzach: „Ich zahle für die Produktion einer Tonne Mehl zwischen sieben und zehn Euro an EEG-Umlage. Eine industriell arbeitende Mühle, die wegen des höheren Energieverbrauchs weitestgehend von der EEG-Umlage befreit ist, zahlt bis zu 20-mal weniger. Die Produkte bieten wir aber auf dem gleichen Markt und den gleichen Kunden an“, so Gütler.

Das FÖS hat daher die Initiative „Wir können ohne Energiepreis-Subventionen“ gestartet und ruft gemeinsam mit dem Bundesverband der grünen Wirtschaft (UnternehmensGrün e.V.) und dem Netzwerk klimaengagierter Unternehmen „Wirtschaft pro Klima“ zur Unterzeichnung auf. Die Initiatoren und die unterzeichnenden Unternehmen fordern die Bundesregierung und die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, die ungerechte Kostenverteilung der Energiewende zu verändern. Vielmehr solle ein richtiger ordnungspolitischer Rahmen für umweltschonendes, zukunftsfähiges Wirtschaften gesetzt werden. Kleinen und mittelständischen Unternehmen dürfe kein Nachteil daraus entstehen, wenn sie effizient und innovativ produzieren. Neben klassischen Vertreter\_innen der „grünen“ Wirtschaft haben die Erklärung auch bereits Unternehmer aus den Bereichen Druck, Elektro- und Kunststofftechnik sowie Maschinenbau gezeichnet.

Kontakt: Martin Ruck, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
[martin.ruck@foes.de](mailto:martin.ruck@foes.de), 030-7623991-41

Weitere Informationen:

Erklärung „Wir können ohne Energiepreis-Subventionen“ sowie eine Liste der bisher unterzeichnenden Unternehmen, [www.foes.de/pdf/Unternehmererklaerung-EEG.pdf](http://www.foes.de/pdf/Unternehmererklaerung-EEG.pdf)